

Die Coronamaßnahmen als Gradmesser von Rechtsstaat und Polizei. Mid-term Konferenz des FWF-Projekts „Policing the Pandemic“

18. und 19. April 2023

Veranstaltungsort: Alois Wagner Saal, C3 - Centrum für Internationale Entwicklung, Sensengasse 3,
1090 Wien

VICESSE veranstaltet im Rahmen des FWF-Projekts „Policing the Pandemic“ eine zweitägige Konferenz zu Coronamaßnahmen als Gradmesser von Rechtsstaat und polizeilichen Strukturen.

Die COVID-19-Pandemie, als eine Art globaler Stresstest, irritierte routinemäßige Prozesse, Verfahren und Abläufe staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Insbesondere die Notwendigkeit rascher und zeitnaher Reaktionen seitens nationaler Regierungen unter Bedingungen von Unsicherheit stellte die gewohnten Abläufe der Rechtssetzung, die Aufgabenteilung und eingespielte Befehlsketten auf die Probe. Nicht nur in Österreich wurden Elemente bestehender Systeme der gegenseitigen Kontrolle (*checks and balances*) vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die COVID-Krise offenbart die Grenzen dessen, was als demokratisches Handlungsrepertoire des Staates bezeichnet werden kann und auf Prinzipien der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, und der Abstimmung und Koordination zwischen staatlichen Institutionen beruht. Staatliches Handeln unter den zeitlichen Zwängen der Pandemiebekämpfung, gleichsam im Modus des pandemiebedingten Ausnahmezustands, zeigte exemplarisch Kapazitätsgrenzen des existierenden institutionellen Arrangements auf.

Jenseits nationaler Unterschiede in den Bewältigungsstrategien, wurde in allen Ländern versucht, der Gesundheitskrise mittels einer Institution Herr zu werden, deren traditionelle Aufgabe die Wahrung der öffentlichen Ordnung ist: Der Polizei. Dabei offenbarten sich jedoch auch Grenzen ihres Handlungsrepertoires. Gewohnte Befehlsketten für ad-hoc Pandemiebekämpfungsmaßnahmen fehlten oder funktionierten nicht und die Aufgaben und Rollen der Polizei in der Pandemiebekämpfung waren nicht klar definiert. An der Art und Weise, wie die Polizei trotz dieser Herausforderungen handlungsfähig blieb, zeigt sich, wie staatliches Handeln unter den Bedingungen eines gesellschaftlichen Ausnahmezustands innerhalb der Spielräume des demokratischen Rechtsstaats an seine Grenzen kommt und welche Strukturen im Umgang mit diesen Grenzen sichtbar werden.

Die geplante Konferenz nähert sich diesen Problemen aus verschiedenen disziplinären Perspektiven, um einen breiten Überblick über die „*pandemic lessons learned*“ zu gewinnen.

Call: Wir bitten um kurze Abstracts (500 Wörter) bis 10. März 2023 an paul.herbinger@vicesse.eu

Zur Einreichung eingeladen sind Forscher*innen aus den Bereichen der Sozial-, Geistes und Rechtswissenschaften, die sich mit der Thematik beschäftigt haben, sowie Personen mit Perspektiven aus der Praxis, wie Polizeibeamt*innen oder Sozialarbeiter*innen.

Die verschriftlichten Beiträge werden 2024 in einem Konferenzband erscheinen.

Tag 1 – Die Pandemie Regieren - 18. April 2023, 13h-18h

Der erste Tag dient zur Erörterung folgender Fragestellungen:

Panel 1: Governance der Pandemie

- Welche Akteur*innen nahmen eine zentrale Rolle in der *Governance* der Pandemie ein („ExpertInnen“, Verwaltung, Politik, ...) und wie gestalteten sich Entscheidungsprozesse bezüglich des Pandemiemanagements?
- Welche Probleme zeigten sich beim Erlassen von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung?
- Was sind die Ursachen für diese Probleme und zeigen sich daran Grenzen des modernen demokratischen Rechtsstaats?
- Wie konstituierte sich „richtiges“ bzw. „offizielles“ Wissen über die Pandemie und wie floss dieses Wissen in die *Governance* der Pandemie ein?
- Wie gestaltete sich die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Institutionen? Welche pandemiebedingten Besonderheiten bestanden?

Panel 2: Schauplätze Pandemischer *Governance*

- Auf welche Weise manifestierten sich Versuche, die Pandemie mittels Regierungstätigkeit in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen zu bewältigen?
- Wie lässt sich das Verhältnis zwischen der Medizin (Institutionen, Disziplin, Gesundheitsdiskursen, etc.) und dem Pandemiemanagement charakterisieren?
- Wie äußerte sich die *Governance* der Pandemie in privaten und öffentlichen Bereichen (z.B. Familie vs. Versammlungsrechte, Nutzung des öffentlichen Raumes, etc.)?
- Wie wirkte sich die *Governance* der Pandemie unterschiedlich auf verschiedene Teile der Bevölkerung aus?

Tag 2 – Die Pandemie Polizieren – 19. April 2023, 10h-13h

Im zweiten Panel wollen wir uns folgenden Fragen widmen:

Panel 3: Polizieren der Pandemie

- Welche Rollen wurden der Polizei in der Pandemiebekämpfung zugeschrieben?
- Was waren die Praxen polizeilicher Arbeit in der Pandemie?
- Welche weiteren Institutionen und Akteur*innen (soziale Arbeit, Angestellte der „kritischen Infrastruktur“, etc.) waren am Polizieren der Pandemie beteiligt?
- Welche Reibungsflächen entstanden zwischen Polizei und Öffentlichkeit (etwa das Polizieren von Protesten) im Zuge der Pandemie?
- Welche Störungen routinierter Polizeipraxen entstanden während oder aufgrund der Pandemie?
- Welche Grenzen der internen polizeilichen Organisation wurden durch die Pandemie beleuchtet?
- Welches Verhältnis zwischen Regierung, Gesetzgebung und Polizei zeigte sich anhand der Antworten auf die COVID-19-Krise?
- Was lässt sich daraus über das Verhältnis zwischen Polizei, Staat und Gesellschaft ableiten?